



Freie Demokraten im Hessischen Landtag

AUSBILDUNGSSITUATION DER RECHTSREFERENDARE IN HESSEN

16.08.2017

- **Didaktische Fähigkeiten sollten bei der Auswahl der Ausbilder berücksichtigt werden**
- **Land stiehlt sich bei der Ausbildung in der Anwaltsstation aus der Verantwortung**
- **Freidemokraten begrüßen, dass das hessenweite Jobticket auch für Referendarinnen und Referendare gilt**

Anlässlich des Berichts der Justizministerin im Rechtsausschuss zur Ausbildungssituation der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in Hessen erklärte der rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Frank BLECHSCHMIDT: „Leider gelten im Rechtsreferendariat in Hessen keine einheitlichen Qualitätsstandards. Weder sind die didaktischen Fähigkeiten der Leiterinnen und Leiter der Arbeitsgemeinschaften Auswahlkriterium für ihre Tätigkeit noch gibt das Landesjustizprüfungsamt – mit Ausnahme der Verwaltungsstation – den Ausbildern geeignete Lehrmaterialien an die Hand. Dabei versprechen wir uns von einer einheitlichen Ausbildungsliteratur einen gewissen Qualitätsstandard, um Chancengleichheit zwischen den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren in den unterschiedlichen Ausbildungsbezirken in Hessen zu gewährleisten.“

Dr. Blechschmidt weiter:

„Kritisch sehen wir, dass die Landesregierung die in der Verwaltungs- und in der Anwaltsstation eingesetzten Ausbilder weder evaluiert noch Fortbildungen zur Verbesserung der Lehre organisiert. Schließlich sind auch die Verwaltungs- und die Anwaltsstation Teil des vom Land organisierten öffentlich-rechtlichen



Ausbildungsverhältnisses. Die Landesregierung darf sich daher nicht auf das Engagement der Rechtsanwaltskammern verlassen sondern sollte die Ausbildung der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in allen Stationen gewährleisten.

Positiv möchten wir erwähnen, dass das hessenweite Jobticket ab dem kommenden Jahr auch für die Referendarinnen und Referendare gilt. Denn durch das Jobticket erhöht sich die Attraktivität des hessischen Referendariats und mildert den Umstand ab, dass Hessen im Ländervergleich bei der Ausbildungsvergütung derzeit nur auf dem vorletzten Platz liegt.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de